

Patrick Kurth

Mentalitäten und Einstellungen der Jugend in den Neuen Bundesländern³

1 Vorbemerkung

Einen guten Ruf hatte „die Jugend“ wohl zu keiner Zeit. Nicht vor 50 Jahren, nicht vor 20 und schon gar nicht heute. Die Liste der Vorbehalte war und ist mehr oder weniger lang, obgleich sich die Vorurteile selbst grundsätzlich gleichen: Die Jugend ist laut, unhöflich, schlecht ausgebildet usw. Das Schlimmste an der Jugend allerdings ist und bleibt, einem Spruch zufolge, dass man selber nicht mehr zu ihr gehört.

Jetzt wächst in den neuen Bundesländern eine Generation heran, von der (ebenfalls) wenig Gutes berichtet wird. Zuweilen überraschen Vorbehalte, wenn sich Vertreter politischer Parteien anschicken, Menschen in Ostdeutschland eine besondere (negative) Mentalität zu unterstellen. Mal wird „die erzwungene Proletarisierung der DDR“ für Kindstötungen in den Neuen Bundesländern verantwortlich gemacht (Brandenburgs CDU-Innenminister Jörg Schönbohm, vgl. FAZ vom 4. August 2005) oder mit einer „leichtfertigen Einstellung zu werdendem Leben in den neuen Ländern“ erklärt (Sachsen-Anhalts CDU-Ministerpräsident Wolfgang Böhmer, vgl. Rheinische Post vom 24. Februar 2008). An anderen Stellen wird eine besondere Mentalität wegen „Kollektivierungen“ unterstellt oder der „Verlust für die Verantwortung über Eigentum“ als Folge des DDR-Systems gemutmaßt (Schönbohm, vgl. Berliner Kurier vom 4. August 2005). Ernstzunehmende Studien indes – und dies gibt zu Denken – sprechen von einer eigenen Mentalität und bescheinigen Gymnasiasten in Brandenburg weniger Wissen über DDR-Verbrechen, als Hauptschülern in Bayern.

Es handelt sich um eine besondere Generation, die in den Neuen Bundesländern im Wahljahr 2009 Wahlrecht erhält. Ihre Geburt, ihr Aufwachsen, ihre pädagogische Erziehung – kurz um: Ihre gesellschaftliche Sozialisation ist be-

³ Sehr herzlichen Dank für die hilfreiche Unterstützung bei der Erstellung des Beitrages an Christin Held und Ullrich Rebs.

sonders geprägt. Am eigenen Leib haben sie die DDR nicht zu spüren bekommen, ihr Umfeld – ihre Eltern, Verwandte, Lehrer – umso mehr. Und die Bundesländer in denen sie leben, tragen nach wie vor die schwere Last des DDR-Erbes. Es ist vor Ort eine bisweilen merkwürdige Kombination: Einerseits besteht hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektive, Kriminalität und daraus resultierende immense Abwanderung. Auf der anderen Seite stehen innovative Firmen, gute Infrastruktur und ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl, das aus der gemeinsamen Vergangenheit des real existierenden Sozialismus und der erlebten Marktwirtschaft resultiert.

Wenn wir – ganz im Sinne dieses Buches – über liberale Zukunftsperspektiven sprechen, lohnt sich der Blick auf diese besondere Generation im Osten. Der vorliegende Artikel wird versuchen, sich den Mentalitäten, Prägungen und Einstellungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Neuen Bundesländern anzunähern.

2 Jugendliche und Mentalität – Annäherung an das Problemfeld

Fragestellung

Wie steht es um die Jugend in Ostdeutschland? Welche Mentalität und welche Einstellungsmerkmale haben Jugendliche, die in einer Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche aufgewachsen sind. Und mit Blick auf die Themenstellung dieses Buches stellt sich die Frage: Welche Sympathie hegen junge Ostdeutsche für Werte wie persönliche Freiheit, Selbstverantwortung, Leistungsgerechtigkeit – kurzum: Wie stark spielen liberale Werte bei jungen Menschen in der ehemaligen DDR eine Rolle?

Ziel dieses Beitrages ist darüber hinaus eine politische Bewertung vorzunehmen. Das Fazit ist – dies wird überraschen – überwiegend positiv: Die politische Kultur und die gesellschaftliche Mentalität junger Ostdeutscher entspricht weitgehend den Werten einer liberalen-freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Das Ergebnis widerspricht den allgemeinen Vorbehalten. Und dennoch wird festgestellt, dass sich ein positives DDR-Bild festgesetzt hat, das auf die unmittelbare Umgebung zurückzuführen ist. Die Frage, inwieweit Potential für die FDP und liberale Organisationen im gesellschaftlichen Umfeld nutzbar ist, wird – auch dies sei bereits vorab mitgeteilt – offen bleiben.

Noch ein Hinweis zur Datengrundlage, die diesem Artikel zu Grunde liegt: Wer wissen will, wie Menschen in einem bestimmten Gebiet „ticken“, kann dies über repräsentative Befragungen ermitteln. Um belastbare Trends zu erkennen, sind wesentliche Voraussetzungen zu erfüllen. Repräsentative Umfragen müssen (1.) in mehreren Regionen (oder bestens überall) durchgeführt werden (um Vergleichsdaten zu erfassen) und sollten (2.) über einen längeren Zeitraum erfolgen, um sich nicht nur von einer Momentaufnahme leiten (oder zuweilen) blenden zu lassen. Eine ebensolche Datengrundlage für die Neuen Bundesländer insgesamt fehlt. Zwar gibt es zahllose Erhebungen, die sich um bestimmte Einzelfragen oder um die jeweiligen Forschungsinteressen bemühen. Diese können allerdings nicht ohne weiteres verwendet oder miteinander verglichen werden (und werden hier entsprechend nicht berücksichtigt).

Es handelt sich offensichtlich um einen schwerwiegenden Mangel, keine Daten auswerten zu können, die miteinander vergleichbar wären oder einen längerfristigen und regionalen (z.B. ostdeutschen) Trend erkennen und auswerten lassen. Aus diesen Gründen kommt der Autor nicht umhin, zwar regionale aber dennoch zeitlich langfristig angelegte empirische Untersuchungen zu nutzen. Verwendet wird der Thüringen-Monitor. Die seit Beginn des Jahrtausends in diesem Freistaat regelmäßig erscheinende Studie hält den harten Maßstäben der wissenschaftlichen Belastbarkeit von Daten stand. Natürlich wird ausdrücklich der Versuch unterlassen, die Thüringer Daten auf alle neuen Bundesländer zu übertragen. Thüringen gilt hier gewissermaßen als Beispiel dafür, wie sich die Mentalität in einem neuen Bundesland darstellt. Der Leser mag selbst entscheiden, in wieweit sich diese regionale Mentalität auf andere Teile Deutschlands ausweiten ließe. Der Verfasser geht davon aus, dass die z. T. erstaunlichen Ergebnisse auch auf Regionen westlich des ehemaligen Eisernen Vorhanges übertragen ließen. Der Thüringen Monitor ist im Internet unter www.landtag.thueringen.de abrufbar.

Jugend in Ostdeutschland

Die Forschungsergebnisse des Thüringen-Monitors werden in in diesem Beitrag strukturiert und kategorisiert dargestellt. Dies dient der Lesbarkeit. Die Unterpunkte bzw. die einzelnen Kategorien beziehen sich auf Fragen des Thüringen-Monitors.

Geht man von Medienveröffentlichungen aber auch den unübersehbaren subjektiven Einstellungen aus, besteht „ostdeutsche Mentalität“ wesentlich darin, sich selbst als „Ostdeutscher“ zu sehen und sich damit von den „Westdeutschen“ abzugrenzen. Ist diese „Identität als Ostdeutscher“ auch bei der jüngeren Generation (noch) vorhanden? Welches Regionalgefühl weisen Jugendliche in den neuen Bundesländern auf, sehen sie sich selbst als Ostdeutsche, Thüringer (Sachse usw.) oder Deutsche? Die Antwort lässt auf die Mentalität erhebliche Rückschlüsse zu.

Eine starke Selbstidentifikation als „Ostdeutscher“ gibt es nicht. Die SED hatte bereits recht frühzeitig die Länder in der DDR abgeschafft und durch Bezirke – die den Namen nach, ihrer Funktion und ihrer Verwaltung keinen Bezug zu den vorhergehenden Ländern aufwiesen – ersetzt. Im öffentlichen Umgang waren landsmannschaftliche Identitäten entfernt worden, seit den 50er Jahren gab es Thüringer, Sachsen oder Mecklenburger offiziell nicht mehr. Der Schluss liegt Nahe, dass nach 40 Jahren offiziell fehlender landsmannschaftlicher Identität dieses ein Merkmal ostdeutscher Mentalität sein könnte. Den Befragungsergebnissen nach hat das Unterfangen der SED nicht diesen Effekt gehabt. In Thüringen ist die Verbundenheit mit der Landsmannschaft der Thüringer außerordentlich groß – und zwar über alle Generationen hinweg. Dies gilt insbesondere für die jüngeren Altersgruppen.

Auch die Frage danach, ob man sich in erster Linie als Thüringer, Ostdeutscher, Deutscher, Europäer fühlt, führt zu interessanten Antworten. Auch hier ist ein deutliches Landesbewusstsein verzeichnet. 2001 fühlten sich die meisten Befragten als Thüringer. In der letzten Befragung 2008 dominierte das Gefühl als Deutsche. Darüber hinaus existiert im Osten ein klares Landesbewusstsein. Speziell „Ostdeutsch“ fühlen sich die jüngeren Menschen nicht. Die Einigkeit Deutschlands ist mental angekommen.

Ein weiteres Ergebnis: Die 16-29-Jährigen sind heimatverbunden, zugleich aber auch mobil. Sie schätzen Thüringen, würden aber auch in andere Bundesländer ziehen, um bessere berufliche Perspektiven zu haben. Dieses – in der DDR oftmals fehlende – Freizügigkeitsgefühl wird also genutzt.

Gefragt wurde ebenfalls regelmäßig, ob man glaube, in einer gerechten Gesellschaft zu leben bzw. „einen gerechten Anteil zu erhalten“. Anders als zuweilen medial vermittelt und von politisch interessierter Seite suggeriert, glauben 56 Prozent der Jugendlichen, von Gesellschaft und Politik gerecht behandelt zu

werden. Dennoch gibt es eine Empfindung, dass es eher ungerecht in unserer Gesellschaft zugeht.

Immer wieder hohe politische und mediale Relevanz hat der direkte Vergleich der DDR mit der Gegenwart. Interessant wird es, wenn eine Generation um Einschätzung gebeten wird, die aus eigenem Erleben kaum urteilsfähig ist. Diese Generation muss sich dann auf das verlassen, was Elternhaus, Schule aber auch Medien und Politik zu vermitteln wussten. Diese Antworten sind ein wichtiges Indiz dafür, wie die Mentalität junger Ostdeutscher aussehen könnte.

Ob die Deutsche Einheit – und die damit implizierte Wende – mehr Vorteile oder mehr Nachteile gebracht habe, diese Bewertung ist allein deshalb schwer, weil die Vergangenheit im persönlichen Erinnern oftmals als so schön wahrgenommen wird, wie sie in der Realität niemals gewesen sein konnte. Die Aussage, die DDR hatte mehr gute Seiten als schlechte, unterstützten 2008 immerhin 36 Prozent. Im Jahr 2003 waren es sogar 41 Prozent. 2005 ging die Zahl schließlich auf 22 Prozent zurück. Diese Zahlen sind in der Tat bedenklich. Trotz empirischer Schwankungen ist in der Regel ein Viertel bis fast die Hälfte der Jugendlichen bereit, der DDR mehr gute als schlechte Seiten zuzuschreiben. Noch drastischer kommt die allgemeine Einstellung zur DDR in einer Positiv-Negativ-Skala zum Ausdruck. Das Ergebnis ist beunruhigend: Jugendliche, die die DDR nicht mehr bewusst erlebten, haben eine ähnliche – und zwar überwiegend positive Bewertung – wie alle anderen (älteren) Altersgruppen. Bei Einzelsegmenten wie Gesundheitsversorgung, Bildung oder Entwicklungschancen für Kinder werden ähnliche positive Urteile deutlich. Bedeutend höhere Zustimmung geben Jugendliche in ihrer positiven Bewertung gegenüber der DDR-Wirtschaft ab.

Wie lassen sich diese Ergebnisse erklären? Weder Lehrpläne, noch Politik oder Medien zeichnen ein derart verklärendes DDR-Bild. Damit ist diese Unwissenheit bei Jugendlichen nicht zu begründen. Aber: Jugendliche haben – im Gegensatz zu älteren Generationen – bei vielen Einzelbewertungen, wie auch bei der Bewertung der DDR insgesamt, weitgehend gleiche Urteile abgegeben (zwischen 25 und 50 Prozent positive Beurteilungen). Im Gegensatz dazu unterscheiden sich die Urteile älterer Generationen innerhalb der Einzelbewertungen z.T. beträchtlich. So wird die negative Bewertung der DDR-Wirtschaft durch alle befragten Generationen über 30 Jahre nur von den Jugendlichen nicht (so eindeutig) geteilt. Jugendliche bewerten die DDR-Wirtschaft prozentual in etwa genau so positiv, wie sie das Bildungssystem oder die Entwicklungschancen positiv beurteilen. Wie ist dieser Unterschied zu erklären. Der Schluss liegt Nahe, dass

das direkte Umfeld der Jugendlichen großen Einfluss auf ihre Meinungsbildung hat. Positive, subjektive Bewertungen im Elternhaus oder der Schule zu Einzelbereichen der DDR (wie Schulwesen) und ausbleibende negative Urteile (z.B. Wirtschaftssystem) werden von Jugendlichen auf alle Bereiche übertragen. Dies wird durch weitere Zahlen des Thüringen-Monitors untermauert. Jugendliche haben stärker als alle anderen Altersgruppen festgestellt, dass ihr Bild von der DDR große Ähnlichkeit mit demjenigen ihrer Eltern und Freunde aufweist, und mit Freunden hätten. Dies bestärkt die Ansicht, dass insbesondere die direkte Umgebung von Jugendlichen einen direkten Einfluss auf ihre DDR-Vorstellungen haben.

Allerdings lässt sich aus dem DDR-Bild der Jugendlichen nicht ableiten, ob die DDR von ihnen auch heute noch bevorzugt würde bzw. „sozialistische Werte“ wie Gleichheit und Sicherheit auch heute bei Jugendlichen eine Rolle spielen. Diese Frage wurde durch den Thüringen Monitor gestellt. Die Antwort ist erfreulich und wird im kommenden Abschnitt wiedergegeben.

Ideologische und gesellschaftliche Grundeinstellungen

Mehr Freiheit oder mehr Gleichheit? Die Gleichmacherei der DDR ist bekannt. Nicht nur in der politischen Theorie, sondern eben auch in der sozialistischen Praxis geht (und ging) Gleichheit immer auf Kosten der Freiheit. Bis heute dominieren Floskeln von „mehr Gleichheit“ die linkspopulistische Agitation und zielen damit auf ein unterschwelliges Gefühl ab, das oftmals mit ostdeutscher Mentalität im Zusammenhang gebracht wird. Empirisch fällt diese Art von Wählerfang auf keinen fruchtbaren Boden, zumindest mit Blick auf die Jugend: Mehr als die Hälfte der Thüringer Jugendlichen bevorzugen Freiheit vor Gleichheit, sie sind überdurchschnittlich freiheitsorientiert (69 Prozent).

Mehr Freiheit oder mehr Sicherheit? Eher aus dem konservativen Milieu stammt zwar die Forderung, Sicherheit geht vor Freiheit – aber auch der SED-Staat suggerierte, dass das Mindestmaß an Freiheit nur durch ein Maximum an Sicherheit gewährleistet werden könne. Wird dies über Jahrzehnte eingetrichtert, könnte dieses Ansinnen „konserviert“ werden. In der Tat geht die Tendenz der Jugendlichen in Richtung Sicherheit: Für 59 Prozent der Ostdeutschen ist die Sicherheit 2005 deutlich wichtiger als die Freiheit (36 Prozent). Fraglich allerdings ist, ob es sich bei dieser Einstellung tatsächlich um eine Nachgeburt des DDR-

Totalitarismus handelt. Schließlich gibt es bis heute einen fast alle Parteien betreffenden Konsens, Sicherheit über Freiheit zu stellen. Nicht zuletzt der globale Antiterrorkampf – und die damit verbundenen sicherheitspolitischen Forderungen – leistet einen Beitrag, um das subjektive Sicherheitsbedürfnis über das Freiheitsgefühl zu stellen. Entsprechend kann das Sicherheitsgefühl eher ein Resultat der Schily-Schäuble-Ära sein, als ein SED-Nachspiel.

Sind Gehorsamkeit und Disziplin wichtig? Laut der Umfrage von 2005 stimmen 43 Prozent dafür, dass Gehorsam und Disziplin sehr wichtig sind. 27 Prozent lehnen dies ab. Im Vergleich zu 2001 ist die Zustimmung jedoch ansteigend. Hier wird auf ein autoritäres Einstellungsmuster ebenso abgestellt, wie bei der Frage: Brauchen wir eine starke Hand? Die Umfragen von 2005 und 2008 weisen dazu ein fast identisches Ergebnis auf: 43 Prozent der Ostdeutschen Jugendlichen stimmen der Aussage überwiegend zu, 32 Prozent stimmen sogar voll und ganz zu, nur 18 Prozent stehen ihr kritisch gegenüber. Erklärbar ist dies mit der autoritären Gesellschaftsform der DDR und ihren Auswirkungen auf nachfolgende Generationen. Dies gilt v.a. für die Frage nach Gehorsamkeit und Disziplin.

Jedoch – und dies wird vom Autor unterstellt – kann das Ergebnis auch ein anderes sein: Wer sich für die Freiheit begeistert und gleichzeitig eine „starke Hand“ fordert, will politische Entscheidungen. Möglicherweise trägt der schwarz-rot-grüne Reformstau der letzten Jahre größeren Anteil an der „Starken-Hand-Antwort“, als die autoritäre Erziehung der DDR.

Politische Beteiligung und Vertrauen in Politik. Wer in einer pluralistischen Demokratie lebt, kann (aber muss nicht) persönlich Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Die Untertanenmentalität, die totalitäre Gesellschaften ihren Bürgern aufzuzwängen versuchen, zeichnet sich hingegen dadurch aus, politische Entscheidungen hinzunehmen oder die jeweilige Politik – ohne auf sie Einfluss nehmen zu können – zu bejubeln. Der Gemütszustand junger Leute kann also daran abgelesen werden, inwieweit sie sich politisch betätigen oder ernst genommen bzw. eingebunden fühlen. Gleiches gilt für das Vertrauen in staatliche Institutionen.

Wie steht es um die empfundene politische Einflussmöglichkeit? Hier fallen die Ergebnisse überwiegend positiv aus: Fast die Hälfte der Jugendlichen meinen, dass sie politischen Einfluss haben könnten, nur etwa ein Viertel klagt über mangelnden Einfluss. Parteien wird indes wenig vertraut. „Parteien wollen nur Stimmen der Wähler“ – Dieser Aussage stimmten sowohl 2005 (59 Prozent weitgehend) als auch 2008 (50 Prozent weitgehend und 22 Prozent völlig) mehr als die Hälfte der Thüringer Jugendlichen zu. Entsprechend ist das Engagement von Jugendlichen in Parteien sehr gering. 2008 würden 69 Prozent nicht in einer Partei mitarbeiten, nur 29 Prozent würden dies tun, die Tendenz ist jedoch steigend. Ob die (Un)Beliebtheit von Parteien ein speziell ostdeutsches Phänomen ist, darf aber bezweifelt werden.

Im Gegensatz zu den Parteien ist das Interesse an einer Bürgerinitiative deutlich höher. Über Zweidrittel würden sich in einer Bürgerinitiative engagieren. Bei ehrenamtlichen Tätigkeiten ist das Interesse eher gering, 36 Prozent würden sich nie und 26 Prozent selten ehrenamtlich engagieren. Freilich wird hier ein Widerspruch offensichtlich, bedeutet doch die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative insbesondere ehrenamtliche Tätigkeit.

Das jugendliche Vertrauen in die Bundes- bzw. Landesregierung ist in etwa gleich: Mehr als ein Drittel vertrauen den Regierungen teilweise und ein weiteres Drittel weitestgehend. Der Landesregierung vertrauten 36 Prozent teilweise, 34 Prozent weitestgehend und 19 Prozent nicht.

Von Politikverdrossenheit kann also bei den Jugendlichen, zumindest den Befragten nach, nicht die Rede sein. Dies bestätigt auch die Frage nach dem politischen Interesse: Fast die Hälfte der Befragten bekunden ein mittleres Interesse an der Politik, bei 20 Prozent herrscht gar ein starkes Interesse vor. Ähnlich erfreulich stellt sich die politische Eigenkompetenz dar. Der Aussage „Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.“ stimmten im Jahre 2005 51 Prozent und 2008 mehr als die Hälfte der Jugendlichen (56 Prozent) zu. Circa ein Drittel lehnte diese Aussage allerdings ab.

Demokratieverständnis und Verfassungsordnung. Die erfreulichen Daten im vorangegangenen Abschnitt widerlegen den Vorwurf des Politikfrustes bei Jugendlichen. Dennoch ist mit dem Bekunden des Politikinteresses noch nichts über Inhalt und Qualität ausgesagt. Wie etwa stehen Jugendliche zur Demokratie und zur Verfassungsordnung?

Auch in diesem Bereich malen die empirischen Zahlen nicht mit derart schwarzer Farbe, wie zuweilen Medien und Schlagzeilen glauben machen. Zur sozialistischen Ordnung zurückkehren will die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen nicht. Die Daten sind eindeutig und konstant über die letzten Jahre hinweg. 2008 lehnen dies 34 Prozent völlig und 47 Prozent überwiegend ab. Auch die von ganz Links oft unterstellte These, dass der Sozialismus als Staatsidee grundsätzlich gut sei, stößt weitestgehend auf Ablehnung. Bei gut einem Drittel der Befragten findet diese Idee allerdings Zustimmung. Auch weitere linkspopulistische/-radikale Forderungen, wie z.B. die Verstaatlichung wichtiger Unternehmen werden von den meisten Jugendlichen abgelehnt, 35 Prozent sind überwiegend und 38 Prozent sogar völlig dagegen. Mehrheitliche Zustimmung gibt es nur bei 22 Prozent der Jugendlichen.

Deshalb steht fest, dass sozialistische Tagträume linker Machtpolitiker zumindest bei der Jugend überwiegend auf Ablehnung stoßen. Damit ist freilich nichts darüber ausgesagt, wie groß die Zufriedenheit mit der Demokratie ist. Die Ergebnisse dieser Frage sind seit 2003 konstant, 47 Prozent der Thüringer Jugendlichen sind ziemlich unzufrieden mit der Demokratie. Zufrieden hingegen sind im Jahr 2008 42 Prozent der Jugendlichen, dieser Trend ist leicht steigend (2005 waren es 38 Prozent).

Beliebter als die Demokratie scheint die Verfassung zu sein. Überwiegende Zustimmung findet die Verfassungsordnung 2008 bei 54 Prozent und völlige bei 17 Prozent, ein Viertel (24 Prozent) der Befragten sind unzufrieden. Ähnliche Ergebnisse waren auch 2005 zu verzeichnen (48 Prozent überwiegend, 29 Prozent völlig und 20 Prozent nicht zufrieden). Und: Auch wenn die Demokratie gar nicht so beliebt scheint, 53 Prozent der Jugendlichen in Ostdeutschland sind mehrheitlich und 27 Prozent völlig der Meinung, dass die Demokratie besser als andere Staatsformen ist. Dieser Trend ist leicht rückläufig, da 2005 50 Prozent überwiegend und 28 Prozent völlig zustimmten und im Jahr 2003 57 Prozent überwiegend und 32 Prozent völlig zustimmten. Bestätigt wird dieser Wert durch die umgekehrte Formulierung: Die Aussage „Die Diktatur ist die beste Staatsform“ stößt 2008 bei 64 Prozent der Befragten Jugendlichen auf Ablehnung. Im Vergleich zu 2005 ist dieser Wert gestiegen, denn 2005 lehnten dies lediglich 59 Prozent ab.

Übrigens: Demokratische Mehrheits- und Minderheitenrechte werden von ostdeutschen Jugendlichen respektiert. „In einer Demokratie muss sich die Minderheit der Mehrheitsentscheidung beugen, solange ihre grundlegenden Rechte

geschützt sind.“ Dieser Aussage stimmten 2003 42 Prozent überwiegend und 40 Prozent völlig zu.

3 Fazit

Empirisches Fazit

„Die Thüringer Jugend strahlt Zukunftsgewissheit und Selbstvertrauen aus, sie ist lebensfroh und stellt sich gleichwohl der Verantwortung, wenn es darauf ankommt; sie ist politisch durchaus überdurchschnittlich interessiert, verfügt über das Selbstbewusstsein, politisch etwas bewegen zu können, und sie hegt dem Berufsleben gegenüber die Erwartung inhaltlicher Herausforderung ebenso wie diejenige nach sozialer Sicherheit.“ Dieses Fazit des Thüringen Monitors aus dem Jahr 2001 setzte sich auch in den folgenden Jahren grundsätzlich fort. Und auch wenn es sich um eine Thüringen-spezifische Aussage handelt, es gibt keinen ausreichenden Anlass, diese Grundaussage auch für die anderen Neuen Bundesländer in Frage zu stellen.

Damit sind die jungen Ostdeutschen entgegen weitläufiger Meinungen in der Bundesrepublik angekommen. Sie haben eine Verbundenheit mit ihrem Land und ihrer Region, zeigen aber dennoch eine für freiheitliche Gesellschaft kennzeichnende Mobilität und Weltoffenheit. Dennoch: Ein beträchtlicher Teil glaubt, dass die DDR mehr gute Seiten hatte als schlechte. Ebenso wird sie insgesamt und in zahlreichen Einzelaspekten wie Bildung, Wirtschaft oder Gesundheitsversorgung überdurchschnittlich positiv bewertet. Aus eigener Erfahrung können sich diese Ansichten nicht speisen. Also scheinen Vermutungen berechtigt, dass für solche Einstellungen offenbar die direkte Umgebung, die Familie und Bekannte, verantwortlich sind. Beruhigender indes ist, dass die Jugend mehrheitlich das (oftmals verklärte) DDR-Modell heute nicht mehr befürwortet. Denn die überwiegende Mehrheit lehnt die sozialistische Ordnung und den Sozialismus als Staatsidee ab. Fast die Hälfte der Jugendlichen ist mit der Demokratie zufrieden. Die Thüringer Jugendlichen sind überdurchschnittlich freiheitsorientiert und hegen politisches Selbstbewusstsein. Etwa die Hälfte der Jugendlichen glauben schließlich, dass sie politisch durchaus Einfluss nehmen könnten. Aber: Ihr Vertrauen in Parteien ist gering, ihr politisches Engagement entsprechend. Allerdings ist wohl kaum ein ostdeutsches Spezifikum.

Politisches Fazit

Politisch müssen aus diesen kurzen Anmerkungen folgende Schlüsse gezogen werden. (Dem politischen Fazit für die Liberalen wird sich im darauffolgenden Abschnitt zugewandt):

(1.) Offensichtlich hat die Verklärung der Vergangenheit Auswirkungen auf die Ansichten der direkt nachfolgenden Generationen. Dabei handelt es sich weniger um eine politisch und medial falsch aufgezugene Vergangenheits(nicht)bewältigung. Vielmehr spielen offensichtlich die Meinungen der unmittelbaren Umgebung eine große Rolle. Möglicherweise fehlt es dem Osten an einem gesellschaftlichen Unrechtsbewusstsein. Dies liegt allerdings nicht daran, dass zu viele „Ossis“ in die Machtinstrumentarien der SED-Herrschaft verstrickt gewesen wären oder seither unter einem wirtschaftlichen Abstieg leiden würden. Vielmehr liegt der Schluss nahe, dass die eigene Lebensleistung aus der DDR-Zeit im gesellschaftlichen Empfinden der Gegenwart und insbesondere durch die „Wessis“ keine Anerkennung findet. Auch in der DDR gab es – insbesondere im Sport, der Wissenschaft und Forschung, aber auch am Arbeitsplatz – Leistungsdruck und Leistungsempfinden. Die unzureichende Produktivität war ein Verschulden der staatsgelenkten Planwirtschaft und nicht der Arbeitsbereitschaft der Bevölkerung. Diese Systemschuld wird im Empfinden der Ostdeutschen zu oft an ihnen selbst festgemacht. Dafür sorgte aber auch der erste mentale Eindruck vom „Westen“ während der Wende, der tief im Gedächtnis der Ostdeutschen verankert bleibt: Negativerfahrungen mit westdeutschen Glücksjägern und Goldgräbern, die die „gesetzlose Zeit“ mit „Manieren im Wilden Osten“ während des Unterganges der DDR auszunutzen wussten. Dieses Verhalten spottete übrigens auch den arbeitsrechtlichen, tarifrechtlichen, vertragsrechtlichen sowie weiteren Schutzrechten der Bundesrepublik. Dadurch ist das eigentlich von Ideologie entstandene Zerrbild des ‚Kapitalismus‘, das die SED über Jahrzehnte regelrecht einhämmerte, für viele Ostdeutsche plötzlich überraschende Realität geworden. Diese Manieren bestätigten einen „Recht-des-Stärkeren-Kapitalismus“, den es in der Bundesrepublik nie gab. (Vgl. hierzu Glaessner, Gert-Joachim, Der schwierige Weg zur Demokratie : Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit . Opladen 1991).

(2.) Diejenigen, die weltoffen und mobil sind, sind bereit, dies implizieren diese Begriffe, ihr Land zu verlassen, sollten sich anderswo bessere persönliche Perspektiven für ihren Arbeitsplatz oder interessante Herausforderungen ergeben. Dies bestätigen die Abwanderungszahlen aus den Neuen Bundesländern. Allein in Thüringen haben im Jahr 2006 täglich gut 36 Menschen das Land verlassen. Dieses Problem besteht seit Jahren. Entsprechend verlässt ein nicht unbeträchtlicher Teil der weltoffenen Jugendlichen die Region und bestätigt damit die empirischen Erhebungen.

Fazit für die Liberalen

Zwar ist die mentale Vergangenheitsbeschönigung, die offenbar direkten Einfluss auf junge Generationen hat, kaum mehr zu revidieren. Aber: Nicht der Staat „DDR“ ist Bezugspunkt der Identitätsbildung, sondern der gemeinsame Erfahrungshintergrund seiner Bürger. Das oftmals deutlich werdende demonstrative Ausstellen ostdeutscher Identität, ist vielmehr als Reaktion auf die empfundene Pauschalabwertung des Ostens, d.h. auf die Ignoranz gegenüber der Geschichte und die Verweigerung, gelebtes Leben anzuerkennen, zu werten. Andererseits ist die Jugend trotz ihres fälschlichen DDR-Bildes in der Masse nicht bereit, Sozialismus zu akzeptieren. Vielmehr steht sie für Weltoffenheit und freiheitliche Grundhaltung. Der Weitergabe des subjektiven (aber gesellschaftlichen) DDR-Empfindens an jüngere Generationen ist mit politischen Mitteln kaum zu begegnen. Auch veränderte Lehrpläne oder ähnliches werden wenig helfen. Beruhigend allerdings ist, dass diese Verklärung den Ergebnissen nach die Jugend kaum in ihrer freiheitlich-demokratischen Grundhaltung beeinträchtigt. Insofern muss – sehr unwissenschaftlich ausgedrückt – die Zeit diese Wunde heilen.

Zum zweiten ergeben sich relativ klare Forderungen in Sachen Abwanderung. Aus der Problematik erheben sich deutliche Appelle für die Landes- und Bundespolitik. Nicht nur wegen des wirtschaftlichen Aufholprozesses, sondern v.a. mit Blick auf das gesellschaftliche Klima in den Neuen Bundesländern. Die Rahmenbedingungen müssen anders gesetzt werden. Es muss gelingen, gerade den jungen Menschen ihre persönlichen Perspektiven zurückzugeben. Der Abwanderung zu begegnen braucht es grundlegender liberaler Reformen, die allerdings nicht an dieser Stelle, sondern in weiteren Beiträgen dieses Bandes dargestellt werden.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die – in Ost und West als politikverdrossen gebrandmarkte – Jugend politisch selbstbewusst ist. Sie trauen sich politische Kompetenzen zu und haben zum großen Teil eine freiheitlich-demokratische Grundauffassung. Trotz dessen lassen sich junge Menschen für aktive Parteiarbeit schwer begeistern. Dies trifft auch die FDP. Ohne Zweifel geben die engen Grenzen des Parteiengesetzes und die daraus resultierenden Satzungen den Parteien wenig Raum, eine – für Jugendliche – gewinnbringende Alternative zu sonstigen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung zu sein. Allein jeden Abend konkurrieren Kreisparteitage mit unzähligen Fernsehsendern, mit Kinos, Theateraufführungen aber auch mit Computerspielen, *Chatrooms* oder Jungentreffs. Zumindest die FDP hat darauf reagiert und setzt seitens der Bundespartei und den Landesverbänden stark auf die Verbindung von Parteiversammlungen und gesellschaftlichen Veranstaltungen wie Empfängen, Liberalen Salons oder Partys. Insbesondere müssen Parteiveranstaltungen einen Mehrwert für die Eigeninteressen der Anwesenden bieten, z.B. Netzwerke oder Wissensvorteile über politische Entscheidungen. Drastisch ausgedrückt: Kaum jemand will sich auf einer Mitgliederversammlung die Zeit um die Ohren schlagen, „nur“ um der Partei zu dienen.

Auch arbeitet – nach Kenntnisstand des Autors – die Bundespartei daran, Vorschläge dafür zu unterbreiten, wie die engen Regeln des Parteiengesetzes den neuen Anforderungen einer modernen Gesellschaft angepasst werden können. Sicherlich sind gerade Personalwahlen deshalb so stark reguliert, weil das Demokratiegebot auch in kleinsten Parteiverbänden zu garantieren ist. Aber die zeitraubende (und sich oftmals wiederholende) Wahl wie Versammlungsleitung, Schriftführung oder Zählkommission in den Versammlungen sind häufig wenig attraktiv für zahlreiche (und nicht nur junge) Mitglieder.

Letztlich aber hat sich bei den Wahlen der letzten Jahre der Trend abgezeichnet, dass besonders junge Menschen die FDP gewählt haben. Offenbar stimmt das politische Angebot der Liberalen ebenso, wie die Art und Weise ihrer Wähleransprache. Frischer und ideologiefreier Wahlkampf wird durch moderne Aktionen und Mittel stets mit ernstern Botschaften aber stets positiv vorgetragen. Optimismus und Weltoffenheit sprechen offenbar besonders junge Wähler an. Also: Bitte weiter so!